

„Entwaldung ist bei uns kein Problem“

Die Forst- und Holzwirtschaft auch im Schwarzwald ist besorgt über die neue Entwaldungsverordnung der EU. Jens Borchers vom Forstbetrieb Fürst zu Fürstenberg übt im BZ-Interview scharfe Kritik.

Herr Borchers, was kommt denn mit der EU-Entwaldungsverordnung auf die Waldbesitzer im Schwarzwald zu?

Sie müssen ab dem Jahr 2025 jeden Einschlag in jeder Rechnung an ihre Kunden, also etwa das Sägewerk oder die Papierfabrik, nachweisen, dass das Holz gesetzeskonform eingeschlagen worden ist. Vor allem soll jede einzelne Fläche, auf der wir gearbeitet haben, digitalisiert werden, damit die Behörde mit ihrer künstlichen Intelligenz alles nachkontrollieren kann. Ein totaler Wahnsinn.

Die Forst- und Holzwirtschaft läuft Sturm gegen die Verordnung. Warum?

Das ist ein Bürokratiemonster. Die praktische Umsetzung dieser EU-Deforestation Regulation (EUDR), insbesondere die Erstellung der Sorgfaltserklärungen, wird mit erheblichem bürokratischem und wirtschaftlichem Mehraufwand verbunden sein. Zahlreiche Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen stehen auf dem Spiel. Wir reden nur bezogen auf die Forst- und Holzbranche von 128.000 Unternehmen und mehr als einer Million Beschäftigten. Die Regelung ist zudem völlig absurd.

Was ist denn gegen Transparenz bei den Lieferketten für Holz und gegen nachhaltige Waldbewirtschaftung zu sagen?

Natürlich nichts. Doch Deutschland ist der falsche Adressat. Es ist vollkommen unbestritten, auch unter Naturschutzverbänden, dass wir hierzulande kein Entwaldungsproblem haben – anders als viele Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika, wo Kahlschlag und die illegale Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen grassieren. Der Wille der Eigentümer zur nachhaltigen Bewirt-

schaffung und die Waldgesetze, deren Einhaltung flächendeckend durch die Forstverwaltung kontrolliert wird, sowie freiwillige Zertifizierungen, die bereits jetzt die weltweit höchsten Standards für unsere heimischen Wälder setzen, stellen vorbildliche Holznutzung sicher.

Was ändert sich für die Waldbesitzer?

Sie müssen ihre Jahreseinschlagsplanung im vorneherein an die Behörde schicken. Dafür erhalten sie eine Nummer. Wer mehr als vier Hektar Wald insgesamt besitzt, und das betrifft ja viele Waldbesitzer, der muss eine digitale Karte mitliefern, auf der die Fläche des Einschlags genau abgegrenzt ist. Für den ganzen Prozess gibt es behördenseitig noch nicht einmal ein funktionierendes EDV-System.

Wer soll das alles kontrollieren?

Hierfür wurden bei der einer Bundesbehörde, der BLE in Frankfurt, eigens über 50 neue Planstellen geschaffen, die unsere Arbeit stichprobenartig prüfen. Zudem müssen die Forstbehörden tätig werden, wenn sie Hinweise erhalten. Dort schlägt man jetzt schon die Hände über dem Kopf zusammen angesichts der zu erwartenden Mehrbelastung. Unter dem Deckmantel, dass man die globale Entwaldung stoppen will, setzt man bei uns eine gigantische Kontrollmaschine in Gang. Hier kann man dieses Instrument durchsetzen, aber glauben Sie bloß nicht, dass in Brasilien, Indonesien oder Afrika deswegen ein einziger Hektar Wald weniger kahlgeschlagen und in landwirtschaftliche Fläche umgewandelt wird.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser?

Aus Brüssel und aus Berlin wird unsere Freiheit in einem Maße eingeschränkt, das wir als Misstrauen interpretieren müssen. Der Vorwurf schwingt mit, wir hätten seit Jahrhunderten alles falsch gemacht, den Wald nicht nachhaltig bewirtschaftet, und müssten nun an die Kandare genommen werden. Man darf zwei Millionen Waldbesitzer in Deutschland aber nicht per se kriminalisieren. Wenn man der belegbaren Meinung ist, dass einzelne Waldbesitzer sich nicht an Recht und Ordnung halten, dann muss man die örtlich



FOTO: PHILIPP VON DITFURTH (DPA)

Jens Borchers ist Leiter des Fürstlich Fürstenbergischen Forstbetriebes in Donaueschingen und verantwortlich für 25.000 Hektar Wald.

vielleicht bestehenden Vollzugsdefizite der Behörden in den Griff bekommen.

Gibt es Widerstand gegen die EUDR?

Ja, aber der verpufft bislang, wir reden uns den Mund fusselig. Immerhin, wir haben uns europaweit mit anderen privaten Waldbesitzern vernetzt, das ist eine breite Allianz. Wir sind nach Gesprächen mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nun nicht ohne Hoffnung, dass unsere Forderungen nach Fristverlängerung und Entbürokratisierung doch noch kurz vor Toresschluss erfüllt werden.

Was sagt das deutsche Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung zu dem

Vorhaben?

Inzwischen fordert auch der grüne Minister Cem Özdemir in Brüssel, dass man bei der EUDR zwischen Risikoländern und Nichtrisikoländern unterscheidet. Das ist eine umsetzbare Forderung. Deutschland ist ein Nichtrisikoland bei der Entwaldung in dem EUDR so überflüssig wie ein Kropf ist

Dominik Bloedner

▶ Jens Borchers, Jahrgang 1966, ist Geschäftsführer des Forstbetriebs Fürst zu Fürstenberg in Donaueschingen. Er ist verantwortlich für 25.000 Hektar Wald in 14 baden-württembergischen Kreisen. Borchers hat in Freiburg Forstwissenschaft und Volkswirtschaft studiert und darin promoviert.